

Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie

Redaktionskollektiv Gewerkschaften*

Vorbemerkung

Der folgende Versuch einer Analyse der spontanen Streikbewegung in der Metallindustrie in diesem Jahr erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Es ging vor allem darum, die Momente herauszuarbeiten, welche die Niederlagen in diesen Kämpfen bedingen. Diese Momente werden als Schwächen der gegenwärtigen Verfassung der Gewerkschaftsorganisation entwickelt. Denn die produktive Verarbeitung dieser *Niederlagen* scheint uns eine wesentliche Bedingung von Lern- und Veränderungsprozessen innerhalb der Gewerkschaft zu sein. Eine vollständige Analyse müßte aber dem Anspruch gerecht werden, gleichzeitig die *vorwärtsweisenden Momente* herauszuarbeiten. Diese werden zwar im Aufsatz kurz zu umreißen versucht, bedürfen aber einer genaueren Analyse, die aber nur durch eine historische Behandlung der Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation möglich scheint. In einem späteren Aufsatz soll die Frage nach den weitertreibenden Momenten der Klassenbewegung dieses Jahres dann direkt aufgenommen werden, und zwar im Zusammenhang mit der Frage nach der Entstehung und der Tragfähigkeit der gegenwärtigen Vorstellungen von Demokratisierung der Gewerkschaft, von betriebsnaher Tarifpolitik und Stärkung der Stellung der betrieblichen Vertretungsorgane (der Vertrauenskörper) innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation. Denn da die Frage nach den weitertreibenden Momenten dieser Klassenbewegung als Frage nach den Entwicklungsansätzen der Gewerkschaft zur Klassenorganisation am Ende des Aufsatzes gestellt wird, wird es notwendig sein, die innerhalb der Gewerkschaft selbst entwickelten Konzepte, welche die notwendige Auseinandersetzung mit der Politik der IG-Metallführung effektieren, zu untersuchen (1).

Mit dem Lohnabschluß von 8,5 % zu Beginn dieses Jahres hat die IG-Metall gerade jene selbständige Bewegung in den Betrieben in Gang gesetzt, welche sie seit den Septemberstreiks 1969 sorgsam zu verhindern suchte. Weil sie im Winter nicht den Streik ausrief zur Erkämpfung der von den Arbeitern geforderten Lohnerhöhungen, kämpften die Arbeiter in den einzelnen Betrieben ohne Unterstützung und ohne Legitimierung durch die Gewerkschaftsführung. Dabei hat der Kampf der Arbeiter gegen das Kapital bei gleichzeitig verstärktem Verharren ihrer Klassenorganisation, der Gewerkschaften, in der sozialpartnerschaftlichen Politik, im Vergleich

* Thomas Mitscherlich/Christel Neusüß in Diskussion mit dem Redaktionskollektiv

1) Der nachstehende Beitrag nimmt Probleme wieder auf, die wir im letzten Aufsatz „Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD“ (PROKLA Nr. 4 und 5) entwickelt hatten. Er stützt sich u. a. auf Diskussionen im Rahmen von „express“-Arbeitskonferenzen und auf die im „express“, im Gewerkschaftsspiegel, in „Arbeiterpolitik“ veröffentlichten Berichte.

zu den Septemberstreiks 1969 ein verändertes Gesicht bekommen.

In dem ersten Streik nach der Tarifrunde, dem Streik in einem traditionellen Avantgardebetrieb der Stahlindustrie bei Hoesch, sind schon exemplarisch die Momente enthalten, welche die Klassenbewegung im weiteren Verlauf des Jahres als neue Stufe der Entwicklung gegenüber den Septemberstreiks kennzeichnen. Während 1969 Betriebsrat und Vertrauensleute den Streik initiiert hatten, geht er diesmal als spontane Arbeitsniederlegung von der Feineisenstraße, also von den niedrig bezahlten Schichten der Arbeiter im Betrieb aus. Die betrieblichen linken Gewerkschaftskader werden vom Streik überrascht, und da es ihnen nicht gelingt, den Streik zu organisieren, müssen sie ihn erfolglos unter dem Druck der IG-Metall-Führung abbrechen. Der Streik wendet sich zum einen gegen das Spaltungsmanöver der Betriebsleitung, die den Sinn der linearen Lohnerhöhung durch Zuschläge zu den oberen Lohngruppen in sein gerades Gegenteil verkehrt. Zum anderen kritisiert er unmittelbar die Politik der IG-Metall: den Lohnabschluß unterhalb der in der Urabstimmung aufgestellten Forderung und ohne breite Zustimmung der Mitglieder (2). Indem auf der Erfüllung der *ursprünglichen* Forderung bestanden wird, demonstriert ein einzelner kampfstarker Betrieb seine Nichtunterwerfung unter das zentral ausgehandelte Ergebnis. Daß der Streik scheitert, liegt wohl nicht zum wenigsten daran, daß er, im Unterschied zu 1969, keine Bewegung in anderen Betrieben auslöst. Aber nicht nur das. Schon einen Tag nach Beginn des Streiks 1969 bei Hoesch beschließt die Verhandlungskommission der IG-Metall, die Tarifverhandlungen für die Stahlindustrie vorfristig einzuleiten. Demgegenüber verurteilt Eugen Loderer den Streik 1973 mit dem Argument, die Hüttenarbeiter hätten „sich und der Gewerkschaft durch ihre Aktionen Schaden zugefügt“ (3).

Fassen wir die neuen Momente, welche im Hinblick auf die spätere Streikbewegung hier zuerst sichtbar werden, zusammen:

1. Im Unterschied zu 1969 kommt es 1973 nicht zu einer geschlossenen Welle von Streiks. Der Hoesch-Streik unmittelbar *nach* dem Tarifabschluß hat keine auslösende Funktion.
 2. Der Widerspruch zwischen der Politik der IG-Metall-Führung und ihren Mitgliedern arbeitet sich schärfer heraus. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter wird nicht mehr in eine Machtposition der Gewerkschaft bei den Verhandlungen mit dem Kapital umgesetzt.
 3. Im Streik zeigen sich Grenzen der gegenwärtigen Politik der linken betrieblichen Gewerkschaftskader.
 4. Die Politik der Gewerkschaftsführung und die Schwäche einzelbetrieblicher Kämpfe wird vom Kapital unmittelbar in die Stärkung der eigenen Machtposition, in Zersplitterung und in Niederlagen der Streikbewegung umgesetzt. Das Kapital hat seit 1969 im bewußten Klassenkampf von oben außerordentlich gelernt.
 5. Die Streikinitiative verlagert sich auf die unteren Schichten der Lohnarbeiter.
- 2) In der Urabstimmung sprachen sich 66,6 % der abstimmenden Arbeiter gegen das Ergebnis aus. In Einzelbetrieben wie bei Hoesch war die Abstimmungsniederlage der IG-Metall-Führung noch weit höher.
- 3) Gewerkschaftsspiegel Nr. 5/1973, S. 11 und 13

Die Inhalte der Streikbewegung nehmen, wie noch zu zeigen sein wird, einen neuen Charakter an.

Im folgenden soll versucht werden, diese Momente, wenn auch nicht der Reihe nach, genauer zu entfalten, um die Punkte kennzeichnen und als Fragen herausarbeiten zu können, die die Schwäche der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung in der BRD ausmachen. Denn um eine Schwäche handelt es sich in der Tat: Trotz der scheinbar günstigen konjunkturellen Situation sind die Kämpfe gerade in den Großbetrieben länger, härter und erfolgloser als 1969 (4). Die Unnachgiebigkeit des Kapitals gegenüber Kämpfen und deren Zersplitterung führt zu Niederlagen z. B. bei Hoesch und Klöckner, zu verschwindend geringen Ergebnissen z. B. bei Rhestahl und Küppersbuch (AEG). Wo das Kapital einen Spielraum zur politischen Strategie hat, nutzt es ihn aus, um den Arbeitern durch Niederlagen die Nutzlosigkeit und Ohnmacht von Kämpfen einzubleuen. Nur dort erzielen Streikbewegungen vergleichsweise schnelle Erfolge, wo Klein- und Mittelbetriebe aufgrund ihrer ökonomischen Situation (z. B. Lieferbedingungen, gute „Ertragslage“) zu Zugeständnissen gezwungen werden können. Wurde in den Septemberstreiks schon nach kurzer Streikdauer den Forderungen in den meisten Fällen nachgegeben (5), konnte die Gewerkschaft zudem die unmittelbar während der Streikbewegung vorzeitig aufgenommenen Tarifverhandlungen erfolgreich zuendeführen, so stellt sich 1973 ein weitgehend verändertes Bild dar.

- 4) Den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Kapitals und der Lage der Arbeiterklasse im Gang der Akkumulation haben wir im Aufsatz „Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation . . .“, a. a. O., bis hin zu den neuerdings sich entwickelnden langfristig stagnativen Tendenzen der Akkumulation zu entwickeln versucht. Eine genauere Analyse der gegenwärtigen Situation müßte untersuchen, wieweit die von Semmler/Hoffmann in: Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung, PROKLA Nr. 2, theoretisch entwickelten Momente der Form widersprüchlicher Kapitalakkumulation, wo diese selbst nur noch auf der Grundlage von Stagnation bzw. Senkung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und progressiv sich entwickelnder Arbeitslosigkeit stattfindet, sich heute herauszuentwickeln beginnen.
- 5) IMSF (Hrsg.), Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt a. M. 1969. „Allgemein ist infolge der konjunkturellen Entwicklung der ökonomische Spielraum der Konzerne größer geworden. Deshalb besteht in einer unmittelbaren Kampfsituation die Neigung, relativ schnell zu materiellen Zugeständnissen bereit zu sein.“ (Ebd., S. 358)

Die Streikbewegung wird zersplittert

Die Bedingungen, die die Kämpfe 1969 als spontane, nicht gewerkschaftlich organisierte, entscheidend hervorgebracht hatten, resultierten aus Tarifverträgen, welche am Ende der Krise mit außerordentlich langen Laufzeiten und nur niedrigen Lohn-erhöhungen abgeschlossen worden waren (6). Es kam 1969 zu einer *geschlossenen Welle von Streiks*, welche in gewerkschaftliche Tarifverhandlungen mündete. Zum ersten Mal wurde von den Arbeitern die Erfahrung der eigenen Stärke und eines Aktionsspielraums *ohne* die Gewerkschaft gemacht. Die Kämpfe selbst bildeten so erst die Grundlage dafür, daß sich in den Betrieben ein Bewußtsein von der Möglichkeit solcher Kampfformen herausbildete. Doch schienen sie in den nächsten Jahren zunächst nicht weiter notwendig. Die Abschlüsse 1970 (zwischen 10 % und 12,9 %) wurden als *mit* der Gewerkschaft erkämpfte Erfolge aufgefaßt, und auch der Tarifkampf 1971 wurde noch als wenn auch weniger erfolgreicher, so doch als gewerkschaftlicher Kampf begriffen (Streik in Nordwürttemberg - Nordbaden Ende 1971). (7) Angesichts der Laufzeit von 13 Monaten und der rapide ansteigenden Inflationsraten hatten große Teile der Arbeiter für 1973 einen gewerkschaftlich organisierten Streik erwartet. So konnte der Tarifabschluß von 8,5 % Anfang 1973 im Gegensatz zu früheren Abschlüssen von seiten der streikbereiten Arbeiter und auch der betrieblichen Gewerkschaftskader nur als ein bewußtes Hintergehen der eigenen Interessen durch die Gewerkschaftsführung wahrgenommen werden.

Doch die allgemein besonders im Ruhrgebiet erwartete und z. T. erhoffte, für den Sommer bzw. Herbst prognostizierte neue und mächtige Streikwelle trat in dieser Form nicht ein. Zunächst gelang es dem Kapital, die Stahlindustrie von der metallverarbeitenden Industrie abzuspalten. War 1969 ausschließlich im Stahlbereich gekämpft worden, so wurde es für die Unternehmer direkt nach dem Tarifabschluß 1973 notwendig, die ‚traditionelle‘ Kampferfahrung der Arbeiter in den Stahlbetrieben für eine allgemeine Streikbewegung unwirksam zu machen. So wurden Befriedigungsversuche in den ‚traditionellen‘ Vorreiterbetrieben direkt nach dem Abschluß 1973 durch Sonderzulagen unternommen. Die Widersprüchlichkeit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik wird während dieser Zeit in der Beurteilung der betrieblichen Zulagen durch Loderer deutlich: er spricht „vom Wildwuchs in den Betrieben“ und betont gleichzeitig, daß die IG-Metall bei dem Kapital nicht um neue Verhandlungen nachsuchen wird. Die Kritik an dem „Betriebssyndikalismus“ hatte sich traditionell gegen rechte Betriebsräte gerichtet, die durch Betriebsvereinbarungen über höhere Effektivlöhne die gewerkschaftliche Tarifpolitik unterliefen, indem die Belegschaften von kapitalkräftigen Betrieben aus der Tarifbewegung vorzeitig herausgebrochen worden waren. Doch in diesem Fall richtete sich die Kritik von Loderer nicht gegen die Betriebsräte, sondern gegen die Vertrauensleute, wie etwa bei Hoesch, die nicht bereit waren, die Interessen der Arbeiter zu vernachlässigen.

- 6) Der Tarifvertrag vom 1. 1. 1967 bis zum 1. 4. 1968 erbrachte eine Erhöhung von 1,9 %. Der Tarifvertrag, der für die Dauer vom 1. 4. 1968 bis 31. 12. 1970 vorgesehen war, erbrachte eine Lohnerhöhung für 1968 von 4 %, für 1969 von 3 %.
- 7) Bei Hoesch war es damals schon zu einer Protestdemonstration gegen den überhasteten Abschluß durch die IG-Metall in der Stahlindustrie gekommen.

sigen. Der Abschluß von 8,5 % hatte bewußt der „betriebssyndikalistischen“ Tendenz Vorschub geleistet; die reale Einkommenssteigerung in der Metallindustrie – nach Angaben der Kapitalseite – lag bereits im ersten Quartal 1973 mit über 11 % über der gewerkschaftlichen Forderung. Loderer spricht hier nicht von einem „Vertragsbruch“ durch das Kapital, das ohne Kündigung der Tarifverträge Zulagen bezahlt, oft ohne Forderung der Belegschaften oder des Betriebsrates besonders an jene, die in den Jahren zuvor die Kämpfe entfacht hatten, also an die Facharbeiter. Mit einer solchen Argumentation hätte er eine Forderung nach Neueröffnung der Tarifverhandlungen begründen können (8). Nachdem seit April des Jahres aus einer Fülle von Betrieben und Ortsverwaltungen Forderungen der Vertreterversammlungen und betrieblichen Vertrauenskörper nach Entfristung der Tarifverträge, nach zusätzlichen Tarifvereinbarungen, nach gewerkschaftlichen Verhandlungen zum Ausgleich des Preisanstiegs an die IG-Metall-Leitung herangetragen worden waren, finden im Mai Spitzengespräche mit Gesamtmetall statt. In ihnen wird der Stahlindustrie eine Teuerungszulage von 280 DM zugestanden, nicht aber den Betrieben der metallverarbeitenden Industrie (9). Dies, obwohl die Streikbewegung in den Einzelbetrieben schon begonnen hat und trotz der sicheren Erwartung weiterer Streiks. Auch wenn hier unterschiedliche Profitbedingungen in den einzelnen Branchen und zwischen den Betrieben angenommen werden, so ist andererseits doch klar, daß Gesamtmetall bewußt die Strategie verfolgt, die kampfstarke Betriebe der stahlverarbeitenden Industrie von einer erwarteten Streikbewegung in der gesamten Metallindustrie abzuschneiden; d. h. hier wird schon die Strategie „Eine Lektion erteilen“ geplant.

Die Wahrscheinlichkeit einer Streikinitiative verschob sich damit auf die metallverarbeitende Industrie, also auf eine viel stärker von Mittelbetrieben bestimmte Branche und auf Belegschaften mit wesentlich geringerer Kampferfahrung und geringer entwickelten betrieblichen Kadern. Diese Struktur der metallverarbeitenden Industrie erschwert die spontane Vereinheitlichung einer Streikbewegung.

So kommt es z. B. in Nordbaden/Nordwürttemberg schon in der ersten Jahreshälfte zu den meisten Streiks. 1969 hatten dort keine Streiks stattgefunden. Im ersten Quartal 1973 waren hier die meisten betrieblichen Zulagen schon bezahlt

- 8) Im späteren Verlauf wird das Argument des Wildwuchses direkt gegen die aktiven Vertrauensleute verwendet, indem gesagt wird, als Funktionäre der IG-Metall seien sie verpflichtet, sich an die Tarifverträge zu halten und die Tarifautonomie nicht zu unterlaufen, da ansonsten die Organisation regreßpflichtig gemacht werden könnte. Betriebsräte stimmen mit dieser Argumentation der Maßregelung und der Entlassung in etlichen Fällen zu.
- 9) Die Einschätzung Loderers, in der metallverarbeitenden Industrie seien die Ergebnisse der Tarifrunde mit Befriedigung aufgenommen worden, mag wohl zu diesem Ergebnis beigetragen haben, erwies sich aber offensichtlich als völlig falsch. Übrigens wurden auch die Ergebnisse dieser Spitzenverhandlungen, aber auch ihre Form (nicht einmal Hinzuziehung der Tarifkommission) durch den Streik bei Mannesmann/Huckingen und bei Rhein Stahl/Duisburg kritisiert. Zudem kamen die massenhaften Forderungen nach Entfristung der Tarifverträge, nach einer gewerkschaftlichen Vereinbarung einer Teuerungszulage etc. sowohl von den Vertrauensleuten der Stahl- als auch der metallverarbeitenden Industrie. Die Forderungen wurden von Mitte April bis Mitte Mai an die Gewerkschaftsleitung gerichtet (vgl. dazu Berichterstattung im „express“ und im „Gewerkschaftsspiegel“).

worden. Bei Daimler-Benz bekamen die Facharbeiter unmittelbar nach dem Tarifabschluß bis zu 6 % zusätzliche Lohnerhöhungen, ausgehandelt vom rechten Betriebsrat. Nachdem in dem einen Betrieb eine Zulage gewährt wurde, begannen die Belegschaften in Nachbarbetrieben sich Zulagen zu erkämpfen. Als die Verhandlungen um eine Teuerungszulage auf Bundesebene für die metallverarbeitende Industrie kein Ergebnis brachten (10), häuften sich die Streiks. Dabei kam es aber nur in Mannheim zu einer Welle, wo in 22 Betrieben zur gleichen Zeit gestreikt wurde, wobei hier betriebliche und örtliche Gewerkschaftsfunktionäre den Kampf um Zulagen unterstützten, um die Gewerkschaft zu einer tariflichen Absicherung der Zulagen zu zwingen. (Übrigens war Daimler-Benz wiederum durch eine erneute Zulage als potentieller Streikbetrieb herausgebrochen worden.) Damit war die Bewegung in Nordbaden/Nordwürttemberg ausgelaufen.

Der Anfang der zweiten Jahreshälfte war gekennzeichnet durch eine große Anzahl von Streiks in den verschiedensten Teilen der BRD. Um nur einige zu nennen: VW/Kassel, Karmann/Osnabrück, Vulkanwerft/Bremen, Klöcknerhütte/Bremen, Hella/Lippstadt. Diese Kämpfe bildeten jedoch keine einheitliche Streikwelle. Bei dem Avantgardebetrieb Klöckner kommt es zu einer Niederlage (11). So hat das Kapital die Möglichkeit, streikende Belegschaften hinzuhalten oder offensiv gegen sie vorzugehen. Indem der Juli keine geschlossene Streikbewegung brachte, verstärkte sich in Einzelbetrieben die Tendenz, ohne eigene Aktion durch den Betriebsrat Zulagen aushandeln zu lassen, selbst wenn sie einem nicht ausreichend erschienen. Nach den Sommerferien kam es dann in Nordrheinwestfalen nach fast eineinhalb Wochen Streik bei Pierburg/Neuss und nach fünf Tagen Streik bei Küppersbusch/Gelsenkirchen durch den Streik bei Opel (12) in über 40 Betrieben zum Streik, wobei jedoch in der gleichen Zeit in weit über 200 Betrieben ohne Aktionen Teuerungszulagen ausgehandelt werden (13). Das Kapital konnte so die

- 10) Die Verhandlungen wurden entgegen den Forderungen um Teuerungszulage aus den Betrieben um eine Anhebung des Urlaubsgeldes geführt, was tarifrechtlich damit begründet wurde, daß so das Kapital im nächsten Jahr auch noch die Erhöhungen zahlen müsse.
- 11) Der Klöcknerstreik im Juni ist ähnlich wie der Hoeschstreik zu sehen. Hier kam es kurz nach der tariflichen Zulage von 280 DM zu dem Kampf, nachdem die Arbeiter in der Vulkanwerft in Bremen einen Erfolg erreicht hatten. Dabei versuchte das Unternehmen die Schwächen im Verhältnis zwischen Betriebsrat und Belegschaften auszunutzen. Der SPD-Arbeitsdirektor war wesentlich daran beteiligt. Bei Klöckner hatte sich in der Belegschaft gegenüber dem Betriebsrat das Verständnis herausgebildet, sich auf ihre starke Interessenvertretung auch in der aktiven Organisierung des Streiks ein Stück weit verlassen zu können und von daher selbst nicht unmittelbar aktiv an der Durchführung des Streiks teilzunehmen. So war einerseits die Identifikation mit den Streikmaßnahmen unterentwickelt, andererseits boten die fehlende unmittelbare Kommunikation und Entscheidungsfähigkeit der Streikenden der Unternehmensleitung die Möglichkeit, durch Tricks (scheinbare Wiederaufnahme der Arbeit) und Drohungen die Arbeiter zu verwirren (vgl. genauer: „Arbeiterpolitik“, 14. Jg., Nr. 4, Oktober 1973).
- 12) Exemplarisch für das Verhalten des Kapitals in der Automobilindustrie ist, daß bei Opel gestreikt wird, während bei VW und BMW unverzüglich Zulagen gewährt werden.
- 13) Dazu noch zwei Beispiele: bei Küppersbusch in Gelsenkirchen ist die AEG erst nach fünf Tagen zu einem Zugeständnis bereit: 180 DM. Einige Wochen später werden im gesamten Konzern 200 DM gewährt, so daß die Arbeiter bei Küppersbusch weitere 20 DM ohne

Widersprüche in der Bewegung als auch die Widersprüche in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ausnützen. Die Auseinandersetzung bei Ford/Köln, die mit einem organisatorischen Desaster endet, ist dabei die offensichtlichste Erscheinung (14).

Kampf erhalten. Bei Opel geschieht ähnliches: nach dem Streik werden 180 DM bezahlt (plus einem Vorgriff von 100 DM auf das Weihnachtsgeld) und nach einigen Tagen werden weitere 100 DM zugestanden, zu einem Zeitpunkt also, als dieser zusätzliche Betrag nicht mehr in der Öffentlichkeit und damit in den anderen Betrieben diskutiert werden kann.

- 14) Die beiden großen Streiks bei Opel/Bochum und Ford/Köln zeigen dabei im Verhalten der IG-Metall sehr ähnliche Momente. Bei Opel sind die unteren Schichten der Arbeiter noch zum größeren Teil deutsche Kollegen; aufgrund der Krise im Bergbau. Der Betriebsratsvorsitzende führt hier gezwungenermaßen die Verhandlungen, wobei er die Streikenden zugleich in der Öffentlichkeit diffamiert. Die Verhandlungen werden sofort auf Konzernebene geführt, wodurch sie der Kontrolle durch die Streikenden entzogen sind und am Ende die Belegschaften des Konzerns (Bochum/Rüsselsheim/Kaiserslautern) gegeneinander ausgespielt werden und der Streik so auf Bochum reduziert bleibt. Nach drei Tagen kommt es zu einem Ergebnis, das von den Streikenden abgelehnt wird, doch die Belegschaft hat nun kein Organ, das verhandeln kann, sie vertrauen auf die Vertrauensleute und einige aktive Betriebsräte, die jedoch im Betriebsrat in der Minderheit sind. Betriebsrat und Geschäftsleitung erzwingen jetzt die Aufnahmen der Arbeit. Der Betriebsratsvorsitzende spricht davon, daß die Streikenden seine Verhandlungen stören würden und schüchtert die Vertrauensleute mit dem Argument ein, der Streik sei gewerkschaftsschädigend. Der Streik wurde so am vierten Tag abgebrochen. Bei Ford operieren der Betriebsrat und die Geschäftsleitung in ähnlicher Weise. Wo bei Opel die Streikfront nicht offensichtlich auseinanderbricht, zerfällt sie hier sehr schnell in zwei Teile. Während bei Opel die Arbeiter im Werk blieben und die Unternehmensleitung hiergegen keinen Angriff durchführt, um die Streikschiechten nicht bezahlen zu müssen, schließt Ford das Werk, um den Streik zu spalten. Die Organisation greift dagegen nicht ein, sondern man hofft auf ein Totlaufen der Bewegung. Die Halle, von der die Bewegung ausgegangen war, bildete sofort eine Streikleitung, die sich jedoch während des Kampfes entscheidend änderte. Der Betriebsratsvorsitzende verlagerte die Verhandlungen bewusst von der Werksebene auf die Konzernebene, um sich der Kontrolle zu entziehen. Die Forderungen lehnte er als „utopisch“ ab. Damit war der Vertrauensleutekorper gespalten. Die Streikleitung kämpfte um die Anerkennung durch den Betriebsrat und Legalisierung des Streiks durch diesen. Hierdurch entfremden sich Betriebsrat und Streikleitung, wie auch die ausländischen und deutschen Kollegen. Durch die Werksschließung wird der Streik jetzt fast ausschließlich durch die türkischen Arbeiter getragen. (Die Forderung nach der Legalisierung des Streiks resultiert aus der Möglichkeit in der Türkei, die der Gewerkschaft nachträglich die Legalisierung des Streiks erlaubt.) Die deutschen Arbeiter, die nicht in der Streikleitung adäquat vertreten sind, orientieren sich an dem Betriebsrat. Die Vertrauensleute, in der Mehrzahl deutsche Kollegen, bleiben inaktiv. Ihre einzige Aktivität, am vierten Streiktag eine Demonstration zu organisieren, um wieder die Initiative zu erlangen, wird von dem Betriebsratsvorsitzenden hintertrieben, indem er ihnen verschweigt, daß auch an diesem Tag das Werk geschlossen bleibt. Die Vertrauensleute sehen andererseits nicht ihre Aufgabe in der direkten Auseinandersetzung – es kommt nicht einmal zu einer Vertrauensleuteversammlung –, sondern orientieren sich mehr an der Aufgabe, die betriebsnahe Tarifpolitik in der Organisation durchzusetzen. Auch bei ihnen hat das Argument verfangen, daß sie als Funktionäre an die Friedenspflicht gebunden sind. Die Streikleitung begeht dann einen weiteren schweren Fehler, indem sie das Angebot, zusammen mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung zu verhandeln, ablehnt. Die letzte Möglichkeit, die deutschen und ausländischen Kollegen wieder zu einer Aktionseinheit zurückzuführen, war damit verloren gegangen. So kann, wie bei Opel, die Geschäftsleitung und der Betriebsrat nach dem Verhandlungsergebnis hier die Arbeitsaufnahme gewaltsam erzwingen.

Während dieser Streikwelle kündigen IG-Metall und Gesamtmetall ein Spitzengespräch an. Doch durch die Zersplitterung und Spaltung der Klassenbewegung durch das Kapital, die durch die Politik der IG-Metall möglich wurde, versanden diese Verhandlungen zwangsläufig, da die Bewegung, die von den Betrieben ausging, letztlich gebrochen war, da kein über den Einzelbetrieb übergreifendes Moment für die Vertrauensleute und Belegschaften ersichtlich war.

Ein die Strategie des Kapitals kennzeichnender Punkt scheint uns die Tatsache zu sein, daß es in den Verhandlungen im Mai der Gewerkschaftsführung keine Zugeständnisse in Bezug auf die metallverarbeitende Industrie macht. Damit nutzt das Kapital die mangelnde Bereitschaft der IG-Metallführung, die beginnenden Streiks zu unterstützen und in eine Verhandlungsposition gegenüber dem Kapital umzusetzen, zur Zersplitterung der Streikbewegung. Es gesteht damit aber auch der Gewerkschaft keine durch Zugeständnisse erreichte Integrationsfunktion mehr zu, sondern treibt sie in eine Position, wo sie sich den Arbeitern gegenüber vor allem als Disziplinierungsinstrument darstellt. Die auf betrieblicher Ebene mit den Betriebsräten ausgehandelten Zugeständnisse sind das weitere Moment der Zersplitterung der Lohnbewegung. Sie stärken zudem die Position unternehmensfreundlicher Betriebsräte und wirken damit auch wieder in Richtung einer Schwächung der Gewerkschaft als potentiell vereinheitlichender Organisation der Arbeiter.

Dabei hatte sich allerdings die Gewerkschaftsführung von vornherein in eine Situation gebracht, wo die von ihr beanspruchte Repräsentation der Gewerkschaftseinheit nur noch als von ihren Inhalten verselbständigte Form propagiert werden konnte: Gewerkschaftseinheit nicht als Machtpotenz der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital zur Sicherung ihrer Reproduktionsbedingungen, sondern als Machtpotenz der bürgerlichen Gesellschaft zur Festlegung der Arbeiter auf eine das Kapitalwachstum und die „Stabilität“ des Gesamtsystems begünstigende Forderungspolitik. Der Versuch der Gewerkschaft, den aus den Betrieben kommenden Forderungen für die Tarifrunde 1973 eine lohnpolitische Stillhaltepolitik entgegenzustellen und sie ohne Rücksicht auf die Kampfbereitschaft der Arbeiter durchzusetzen, entspricht auf der anderen Seite die Unfähigkeit, den betriebsegoistischen Tendenzen, wie sie gerade von rechten Betriebsräten repräsentiert werden, entgegenzutreten. Auf der 23. Ordentlichen Bezirkskonferenz der IG-Metall in Essen weist Loderer darauf hin, „daß sich die IG-Metall gegen ein Auseinanderklaffen von tariflichen und betrieblichen Entlohnungsbedingungen“ wehren müsse. „Die Tätigkeit der Betriebsräte darf sich nicht von der Organisation entfernen, sondern müsse in ein schlüssiges Konzept gewerkschaftlicher Betriebspolitik eingebettet werden.“ Gegen unberechtigte Kritik, gegen Alleingänge von Funktionären müsse die Gewerkschaft offensiv vorgehen“ (15). Über den Hoesch-Streik berichtet der Gewerkschaftsspiegel: „Eugen Loderer . . . nimmt eine ablehnende Haltung zu den Aktionen der Hoesch-Arbeiter ein. Er erklärt, die Hüttenarbeiter hätten „sich und den Gewerkschaften durch ihre Aktionen Schaden zugefügt“. Die Streikenden haben für diese Haltung kein Verständnis und kontern mit der Frage, ob es nicht vielmehr unzureichende Tarifabschlüsse seien, die den Gewerkschaften Schaden zufügten“ (16). In anderem Zusam-

15) Ruhr-Nachrichten, Zeitung für Gelsenkirchen, Nr. 98

16) Gewerkschaftsspiegel, Nr. 5/1973, S. 13

menhang wiederum warnt Loderer vor dem „innerbetrieblichen Wildwuchs“ bei der Entlohnung. Indem die Politik der Gewerkschaftsführung sich nach den Stabilitätszielen der SPD richtet, gibt sie dem Kapital freien Raum, die Gewerkschaftsorganisation durch Zugeständnisse auf betrieblicher Ebene zu schwächen, gibt sie dem Kapital die Möglichkeit, Kämpfe in Niederlagen umzuwandeln, damit aber selbst wieder die Verhandlungsposition der Gewerkschaft für Tarifverhandlungen zu untergraben.

Die Widersprüche zwischen der Politik der IG-Metall-Führung und den Arbeiterinteressen kommen klarer zum Ausdruck

Nachdem wir versucht haben, die Niederlagen und die Zersplitterung der Streikbewegung aus der bewußten, die Politik der Gewerkschaftsführung ausnützenden Strategie des Kapitals zu begründen, solles im folgenden darum gehen, die neuen Inhalte der Streikbewegung als Grundlage des 1973 klar hervortretenden Widerspruchs zwischen Gewerkschaftspolitik und Arbeiterinteressen darzustellen.

Nachdem die IG-Metall darauf verzichtet hatte, den bestehenden Spielraum für Lohnerhöhungen auszunutzen im Glauben nämlich, sie könne als Verwalter des Preises der Ware Arbeitskraft der SPD-Regierung einen niedrigen Preis als Stabilitätsoffer präsentieren, ohne Rücksicht auf die Lage und Kampfbereitschaft der Arbeiter und die Konjunktur des Kapitals, da wird ihr sowohl vom Kapital (durch betriebliche Lohnzugeständnisse), als auch von den kämpfenden Arbeitern vorexerziert, daß sie nicht in der Lage ist, den Preis der Ware Arbeitskraft als gesamtwirtschaftliche Größe zu planen. Die Fiktion der Gewerkschaftsführung, den Lohn als gesamtwirtschaftliche Einkommens- und Verteilungskategorie politisch *verwalten* und damit sich selbst zum Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik machen zu können, schlägt sich in zunehmendem Widerspruch zwischen Gewerkschaftsführung und Teilen der Arbeiterklasse nieder.

Daß der Lohn Ausgangspunkt des Klassenwiderspruchs und der Klassenaus-einandersetzung ist und nicht einfach eine makroökonomisch, durch zentrale Tarifverhandlungen zu manipulierende Rechengröße unter anderen, darauf wird die Gewerkschaft zunehmend auch durch den Inhalt der Kämpfe verwiesen. Schon im Hoesch-Streik wird durch das Pochen auf die lineare Lohnerhöhung sichtbar, daß die Arbeiter ihre Forderungen gegenüber dem Kapital an den Bedürfnissen der Reproduktion der Arbeitskraft, an ihren eigenen Lebensbedürfnissen orientieren. Die Arbeiter berufen sich hier nicht mehr auf tradierte Vorstellungen ‚leistungsgerechter‘ Entlohnung. Nicht zufällig fällt die Distanzierung der IG-Metallführung vom Hoesch-Streik mit ihrer Kritik an den betrieblichen Gewerkschaftern zusammen, welche die lineare Lohnforderung in die Tarifrunde eingebracht hatten. Und in der Tat ist die Linie der Gewerkschaftsführung, den Lohn als gesamtwirtschaftliche Einkommenskategorie verwalten zu wollen, nur auf der Basis der Vorstellung zu begründen, im Lohn erhalte der Produktionsfaktor Arbeit seinen ‚gerechten‘ Anteil an dem von ‚den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital‘ gemeinsam produzierten Produkt. Wenn demgegenüber die Klassenbewegung des Jahres 1973, aus-

gehend von der Verteidigung der linearen Lohnerhöhung bei Hoesch, weitergeführt durch die Kämpfe um die Ausdehnung des Urlaubs für ausländische Arbeiter bei Karmann Osnabrück, verallgemeinert über die Kämpfe um *Teuerungszulage*, seinen Höhepunkt findend im Kampf vor allem der türkischen Arbeiter bei Ford um 1 DM für alle, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verminderung der Bandgeschwindigkeit, 6 Wochen Urlaub, Rücknahme der Entlassungen, wenn sich so die Klassenbewegung inhaltlich auf die *Reproduktionsbedingungen* der Arbeitskraft bezieht, diese gegenüber dem Kapital einfordert: dann muß die an Einkommensgrößen im Rahmen kapitalistischer Wirtschaftspolitik orientierte, in diesem Sinn also *bürgerliche* Politik der Gewerkschaftsführung sich in Widerspruch zum Klasseninhalt der 'ökonomischen' Kämpfe setzen.

Konnten die Septemberstreiks von 1969 also noch mehr oder weniger fraglos, d. h. ohne Veränderungen der entwickelten gewerkschaftspolitischen Linie, in die tradierte Politik der Gewerkschaftsführung eingebaut werden, in dem sich die formulierten Lohnforderungen an den gestiegenen Gewinnen orientierten, sich selbst auf die von Wirtschaftsminister Schiller propagierte 'Soziale Symmetrie' (17) beziehen konnten, so entwickelt sich in der sich ausweitenden Orientierung der Arbeiterforderungen an ihrer Reproduktion der Widerspruch zur offiziellen bürgerlichen Gewerkschaftspolitik weitaus schärfer. Dieser Widerspruch läßt sich in zweierlei Richtung fassen: *Zum einen* wenden sich die Streiks gegen die zur Reallohnstagnation bis hin zur Reallohnsenkung führende Politik der IG-Metall, sofern diese sich auf die gesamte *Lohnhöhe* bezieht. *Zum anderen* wird zunehmend durch die Streiks auch praktisch eine Politik der Gewerkschaft kritisiert, welche die *Bedingungen der Anwendung der Arbeitskraft* dem einzelnen Kapitalisten überläßt. Dies wird besonders beim Ford-Streik deutlich. Aber auch in anderen betrieblichen Streiks werden Forderungen gegen die Anwendung bestimmter Lohnsysteme, gegen Akkorderhöhung etc. formuliert (18). In zwei Punkten also erweist sich die historisch herausgebilde-

- 17) Vgl. IMSF. Die Septemberstreiks 1969. a. a. O., S. 238 f. Zwar liegen der Streikbewegung auch Erfahrungen von Arbeitsintensivierung und Produktionssteigerung ohne Rücksicht auf die Arbeiter und ohne entsprechende Lohnerhöhung zugrunde, doch setzt sich diese Erfahrung noch nicht in spezifische Forderungen um.
- 18) Hier eine vorläufige Aufstellung von Forderungen, welche sich auf Arbeitsbedingungen, die Reproduktion der Arbeiter, die Deklassierung der unteren Arbeiterschichten, Lohnsysteme etc. richten:
- 25. 1., Hoesch-Roehrenwerke AG-Barop, Unzufriedenheit mit Lohnfindungsprinzip und Prämiensystem;
 - 26. 1.-8. 3., Mannesmann/Huckingen, Verbesserung des Prämiensystems und der Arbeitsbedingungen;
 - 4.-7. 5., Karmann/Osnabrück, 4 Wochen Betriebsurlaub für ausländische Arbeiter (Portugiesen und Spanier streiken);
 - 15.-16. 5., Heidelberger Schnellpresse Wiesloch, 6 Wochen statt bisher 4 Wochen zusammenhängenden Urlaub (Spanier streiken);
 - 19.-22. 5., John Deere/Mannheim, zunächst Änderung der Akkordregelung, dann Lohnforderung;
 - 10. 8., Fernsehapparatefabrik Philipp/Krefeld, Rücknahme der Erhöhung der Tagesproduktion;
 - 13.-20. 8., Pierburg AG/Neuss, Teuerungszulage, Aufhebung der Leichtlohngruppe 2 (vor allem ausländische Arbeiterinnen);

te, auf die Gesamtlohnbewegung unter Berücksichtigung einkommenspolitischer Gesichtspunkte hin orientierte Politik der IG-Metall hier als überholt: sie wird zum einen durch die inflationäre Entwicklung unterlaufen, zum anderen durch die Fähigkeit des Kapitals, Mehrarbeit im Produktionsprozess durch die verschiedensten Formen der Intensivierung der Arbeit abzupressen. Daß hierbei die drohende Arbeitsplatzunsicherheit zusätzlich als disziplinierendes Mittel der Auspressung von Mehrarbeit vom Kapital eingesetzt wird, zeigt ebenfalls der Zusammenhang von Arbeitsintensivierung und Entlassungen, welche den Ausgangspunkt des Ford-Streiks bilden (19).

In unserem letzten Aufsatz (20) waren wir zu dem Resultat gekommen, daß sich die Beschränkung der Lohnrate, die Arbeitsplatzunsicherheit und die wachsen-

21. 8., Maschinenfabrik F. Tacke Rheine, Vorgabezeitverkürzungen;

22. - 27. 8., Opel Bochum, Teuerungszulage von 300 DM, ein Tag mehr Urlaub für Sonderschichten, Weihnachtsgeld auf Grundlage von 185 Stunden, bezahlte Pause von 30 Minuten;

24. - 30. 8., Ford Köln, vgl. Fußnote 19)

24. - 29. 8., Philipps Aachen, Teuerungszulage, Erhöhung des Stundenlohns, Wegfall der Lohngruppe 2, Wegfall der Samstagsschicht;

24. 8., Vereinigte Schlüsselwerke Solingen, 1 DM, Senkung des Akkords.

- 19) In der Halle, in welcher der Streik begann, wurde nach Angaben der Arbeiter trotz Abwesenheit von ca. 40 % der Arbeiter die Produktion nur um 25 % heruntergeschraubt. Zudem seien zu dieser Zeit Stopper an den Bändern erschienen. Es bestand also die Befürchtung, daß die Unternehmensleitung die Entlassung der Arbeiter unter vorgeschobenem Grund zum Anlaß einer weiteren Steigerung des Arbeitstempos für die übriggebliebenen ausnutzen würde. In einem Flugblatt des IG-Metall-Vertrauenskörpers war schon Mitte August vermutet worden, daß „in Zukunft noch mehr Druck auf die betroffenen Kollegen und Kolleginnen“ ausgeübt werden würde. Ein „Mister“ des englischen Fordmanagements hatte die „Unverschämtheit“ besessen, „aus Gründen der Kostenersparnis die Reduktion der „Überstunden auf ein Minimum ... bei gleichzeitiger Reduktion der Planstellen“ zu fordern. Die DKP-Zeitung „Der Prüfstand“ spricht von 574 Entlassungen im August mit dem vorgeschobenen Grund des unentschuldigten Fehlens. Sie geht davon aus, daß zum einen ein gezielter Personalabbau, zum anderen Disziplinierung der Belegschaft damit beabsichtigt sei. Die Arbeiter mußten demnach mit einiger Sicherheit annehmen, daß die Entlassungen auf ihrem Rücken ausgetragen würden. So ist es kein Zufall, daß ihre Solidarität mit den entlassenen Kollegen, Auslöschungsmoment des Streiks, unmittelbar verknüpft war mit der Forderung nach Verminderung des Arbeitstempos. Insgesamt nimmt der innere Zusammenhang der Forderungen solchen Vorstellungen jegliche Grundlage, welche die Kampfinhalte von Streikbewegungen in qualitative, auf die Arbeitsbedingungen gerichtete, potentiell revolutionäre auf der einen und quantitative, nur auf den Lohn gerichtete, das System stabilisierende Forderungen auf der anderen Seite auseinanderdividieren wollen. Gerade für die unteren Arbeiterschichten, welche in den niedrigsten Lohngruppen eingestuft sind, die Arbeiterschichten also, welche im Fortgang der Akkumulation des BRD-Kapitals sich mehr und mehr mit ausländischen Arbeitern, mit Frauen, mit proletarisierten Bauern aus dem Umkreis der großen Industriezentren auffüllen, aber auch jungen Arbeitern, ist die Trennung eine leere Abstraktion. Die allgemeine Niedrigkeit des Lohns, jetzt noch zusammengekommen mit den hohen Inflationsraten, erzwingt selbst wieder Leistungssteigerung, Überstunden, Akkordschinderei. Diese Erfahrung, zusammengekommen mit der an den Entlassungen demonstrierten Unsicherheit des Arbeitsplatzes, bilden die Grundlage der Forderungen des Ford-Streiks. In ihnen, vorgetragen vor allem von den türkischen Arbeitern, wird versucht, den beschriebenen Zirkel zu durchbrechen.

- 20) Vgl. Anmerkung 1)

de Arbeitsbelastung als allgemeine Probleme der Arbeiterklasse in der BRD in stärkerem Maße geltend machen, und daß sich daraus zunächst die *Möglichkeit* von Konflikten ergibt, die selbst wieder die mögliche Grundlage der Bildung von Klassenbewußtsein und damit der Vereinheitlichung der Arbeiter als Klasse gegenüber dem Kapital bilden. Damit seien die zukünftigen Probleme für die *gewerkschaftliche* Interessenvertretung der Arbeiter gestellt, die zugleich die politische Artikulierung der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital und dem Staat befördern werden. Gleichzeitig waren wir davon ausgegangen, daß ein solcher Prozeß angesichts der Zusammensetzung der Arbeiterklasse in der BRD (ausländische Arbeiter und Frauen bilden einen großen Anteil der am niedrigsten bezahlten und von der Arbeitsintensivierung am schwersten betroffenen Schichten der Lohnarbeiter in der BRD) und im Hinblick auf den gegenwärtigen Zustand der Gewerkschaftsorganisation in sich selbst widersprüchlich und ungleichmäßig verlaufen dürfte.

Nun fällt an der Streikbewegung 1973 folgendes ins Auge: Im Unterschied zu 1969, wo die Streikinitiative vor allem von der Schicht der Facharbeiter ausging (21), übernehmen in diesem Jahr die unteren Schichten der Arbeiterklasse in vielen Betrieben die Streikinitiative. Dies gilt schon für den Hoesch-Streik, entwickelt sich dann aber weiter als Streikinitiative und zunehmende Kampfbereitschaft gerade der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter bei Karmann/Osnabrück, John Deere Mannheim, Hella Lippstadt, Pierburg/Neuß und Ford/Köln. Die Initiativefunktion dieser Schichten prägt gleichzeitig die neue Militanz der Kämpfe. Die Militanz und die Formen, in denen die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Streiks führen, bildet andererseits partiell die Grundlage von Konflikten mit deutschen Arbeitern, welche vom Kapital – bei Ford ganz offensichtlich mit Unterstützung des Betriebsrats – zur Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern und zum brutalen Polizeieinsatz gerade gegen die ausländischen Arbeiter ausgenutzt wird. Der Gegensatz zwischen traditioneller, sozialdemokratisch orientierter Gewerkschaftspolitik und Arbeiterinteressen wird in dieser Streikbewegung am vehementesten von den ausländischen Arbeitern formuliert. Es zeigt sich hier ein weiteres entscheidendes Problem der Gewerkschaft in der BRD: die mangelnde Orientierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der unteren Schichten der Lohnarbeiter, der ausländischen Arbeiter und der Frauen, sowie die Strategie des Kapitals, diese Schwäche für sich zur Spaltung der Arbeiterklasse auszunutzen. Die beschämendste Niederlage der Gewerkschaft in diesen Kämpfen stellt die Kooperation von Unternehmensleitung, Teilen des Betriebsrats und der Vertrauensleute und Polizei gegen die türkischen und Teile der deutschen Arbeiter bei Ford dar.

Im Prozeß der Entwicklung der Klassenkämpfe aufgrund der Bedingungen, denen die Arbeiter im Akkumulationsprozeß des Kapitals gegenwärtig unterliegen, sind also Möglichkeiten für das Kapital enthalten, von vornherein zu versuchen, die Vereinheitlichung der Arbeiter als die wesentliche Aufgabe jeder Klassenbewegung zu hintertreiben. Diese Möglichkeit basiert auf der vom Kapital teils bewußt produ-

21) IMSF (Hrsg.), Die Septemberstreiks 1969, a. a. O. „Unter berufsspezifischen Gesichtspunkten sind in der Mehrheit der Betriebe qualifizierte Arbeitergruppen die tragenden und treibenden Kräfte des Streiks.“ (Ebd., S. 240)

zierten tendenziellen Teilung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern in untere Schichten einerseits und Facharbeiter andererseits, vor allem in den großen Industriebetrieben, besonders ausgeprägt wiederum in der Automobilindustrie (BMW, Ford, Daimler Benz). Dies führt einmal dazu, daß die Intensivierung der Arbeit als Streikgegenstand von vornherein schwer verallgemeinert werden kann. (Daß es sich dabei nicht um eine absolut zu setzende Schwierigkeit handelt, haben wir im Aufsatz „Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD“ (PROKLA Nr. 4 und 5) zu zeigen versucht: nämlich Intensivierung und Dequalifikation betreffen zunehmend auch traditionelle Arbeiterschichten). Nun kommt der Gewerkschaft an sich die Aufgabe zu, als Organisation die Konkurrenz zwischen den Arbeitern, d.h. auch zwischen den verschiedenen Arbeiterschichten abzubauen und aufzuheben, sofern sich in dieser Konkurrenz auch unterschiedliche Bedingungen der Arbeiter reflektieren. Wo Forderungen nicht aus sich heraus von vornherein von allen Arbeiterschichten gleichmäßig vertreten werden, wäre es eben gerade Aufgabe der Gewerkschaft, über die Organisation eine Möglichkeit allgemeiner Solidarität herzustellen. Gerade dies geschieht aber, wie die Streiks gezeigt haben, nicht oder nur in Ausnahmefällen seitens besonders bewußter betrieblicher Kader. Hiermit kommen wir auf ein weiteres Problem der gegenwärtigen Schwäche der Gewerkschaft: gerade für die IG-Metall ist typisch, daß sie sich, auch in ihren betrieblichen Organisationen der Vertrauensleute, primär auf die Facharbeiterschichten stützt und vor allem deren Interessen gegenüber dem Kapital vertritt, die ausländischen Arbeiter demgegenüber in der Gewerkschaft weitgehend isoliert sind. (Wieweit dies allgemein für die unteren Schichten der Arbeiter und ihre Position innerhalb der gewerkschaftlichen Interessenvertretung gilt, wäre noch zu untersuchen.)

Grenzen der gegenwärtigen Politik betrieblicher Gewerkschaftskader werden sichtbar

Es ist wohl kein Zufall, daß die Grenzen der Politik auch linker betrieblicher Gewerkschaftskader in einer Streikbewegung offenbar werden, in der die unteren Schichten der Arbeiter oft die Initiatoren und Hauptträger des Streiks sind. 1969 war demgegenüber die Streikbewegung von den betrieblichen Vertretungsorganen z. T. getragen, z. T. mehr oder weniger widerspruchlos aufgenommen worden (22). Typisch ist hier wieder der Hoesch-Streik, wo 1969 Betriebsräte und Vertrauensleute den Streik initiiert hatten. 1973 dagegen der Vertrauenskörper nicht in der Lage ist, eine von den Arbeitern an der Feineisenstraße ausgehende, von ihm nicht initiierte Streikbewegung zu organisieren und zu einem Erfolg zu bringen. Bei Ford, einer Hochburg der Gewerkschaftslinken in den 60er Jahren (dort war übrigens auch versucht worden eine betriebsnahe Tarifpolitik, Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten usw. durch einen gewerkschaftlich kontrollierten Betriebsrat durchzusetzen), führen u. a. die nur innerhalb der betrieblichen *Institutionen* des Betriebsrats

22) Vgl. ebd., S. 250–253

und Vertrauenskörpers ausgefochtenen Fraktionskämpfe zwischen rechtem BR und Gewerkschaftslinken, die sich auf personelle Stellenwechsel beziehen, zur weitgehenden Lähmung dieser Institutionen zu Beginn des Streiks, zu ihrer durchgehenden Distanzierung und teilweisen Bekämpfung der selbständigen Streikleitung, die selbst wieder Resultat des Zustands der betrieblichen Interessenvertretungsorgane ist. Hier wird auch deutlich, wie der rechte Betriebsrat durch seine Art der Verhandlung selbst die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern forciert, indem er die Verhandlung dann für beendet erklärt, als die Forderung nach Lohnerhöhung, die von allen vertreten wurde, partiell durchgesetzt ist, die besonderen Forderungen der ausländischen Arbeiter (Urlaub, Arbeitsbedingungen) dagegen nicht weiterzuverhandeln bereit ist.

Ein weiteres Moment der gegenwärtigen Grenzen der Politik auch linker betrieblicher Gewerkschaftskader, wird in der Schwäche dieser Kader sichtbar, sobald sich die Gewerkschaftszentrale von dem Streik distanziert. Im Septemberstreik hatten die betrieblichen Kader den Rückenwind einer verhandlungsbereiten Gewerkschaftsführung, vor allem in der IG-Metall. (Die besondere Situation im Bergbau können wir hier nicht behandeln). Dies gilt 1973 nicht mehr. Fehlt also einerseits häufig die wirkliche Verbindung zwischen der Politik auch linker Gewerkschafter im Betrieb mit den *unteren* Schichten der Arbeiter, welche den Streik tragen, so entspricht dem auf der anderen Seite, daß sie z. T. auch nicht selbständig und selbstbewußt den Konflikt mit der IG-Metallspitze auszutragen in der Lage sind. (Auf die Gründe, welche für diese Erscheinung in der institutionellen Organisation des Vertrauenskörpers im Verhältnis zu Betriebsrat, Unternehmensleitung und Gewerkschaftsapparat zu suchen sind, soll in einem später zu veröffentlichenden Aufsatz eingegangen werden.)

Das Problem kann noch an folgender Entwicklung verdeutlicht werden: Im April und Mai kommt es zu einer breiten Formulierung von Forderungen aus den Vertrauenskörpern, aber auch den örtlichen Vertreterversammlungen an die Gewerkschaftsführung, die sich auf eine Entfristung der Tarifverträge richten. Doch dieser Versuch, aus den Betrieben heraus Einfluß auf die Gesamtlohnbewegung zu gewinnen, der Zersplitterungstaktik des Kapitals entgegenzuwirken, bleibt erfolglos. Die Gewerkschaftsführung macht nicht den Versuch, durch gewerkschaftlich initiierte betriebliche Streiks die nötige Unterstützung für die Verhandlungen sich zu sichern. Sie verhandelt ohne Erfolg auf Spitzenebene, nicht einmal die große Tarifkommission wurde zu den Verhandlungen hinzugezogen. Während die betrieblichen und örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre ihre Forderungen gegenüber der IG-Metallspitze formulieren, beginnen in den Betrieben die Streiks um Teuerungszulage. Sie richten sich unmittelbar an den einzelnen Unternehmer, die Arbeiter kämpfen da, wo sie kämpfen können, auf Betriebsebene. Die Forderungen richten sich nicht an die Gewerkschaft. Es fällt auf, wie in dieser Phase die Aktionen betrieblicher Gewerkschaftskader und Aktionen der Arbeiter auseinanderzulaufen beginnen. Mögen nun auch die Gründe, aus denen Vertreterversammlungen und Vertrauenskörper ihre Appelle an die Gewerkschaftsführung richten, unterschiedlich sein, mag bei den einen die Vorstellung bestimmend gewesen sein, die Gewerkschaft solle durch ihre Initiative eine Streikbewegung verhindern, mögen andere davon ausgegangen sein,

die Gewerkschaft müsse dazu gezwungen werden, die Kampfbereitschaft in den Betrieben auszunutzen, um ein besseres *allgemeines* Ergebnis zu erzielen; in jedem Fall fällt auf, daß die Streiks sich nicht auf eine Unterstützung der Spitzengespräche richten, sondern auf die Auseinandersetzung mit dem Kapital *im Betrieb*. Darin reflektiert sich die Erfahrung der Arbeiter von dem Ergebnis der Tarifverhandlung, der Nutzlosigkeit der Streikbereitschaft der Arbeiter in Bezug auf das Handeln der Gewerkschaftsführung. Dieses Nebeneinanderherlaufen entwickelt sich dann bei Ford zum eklatantesten Widerspruch. Ford war der Betrieb, von dem aus *mehrmals* sowohl über den Vertrauenskörper, als auch über Belegschaftsversammlungen, als auch über die Ortsverwaltung Appelle an die IG-Metallführung gegangen waren.

Aber selbst in Betrieben, wo selbstbewußte linke Betriebsräte den Streik ohne Legitimierung der Gewerkschaftsführung führen, kommt es zu Niederlagen. So etwa bei AEG-Küppersbusch. Hier läßt sich einfach der Konzern, dem der Betrieb angehört, durch den Streik eines Einzelbetriebs nicht zwingen. Eine Solidarisierung aus anderen Betrieben des Konzerns bleibt aus. Die Auffassung, daß bei einem der Belegschaft verpflichteten Betriebsrat oder bzw. und bei einem starken, unabhängigen VK innerhalb einer relativ günstigen ökonomischen Situation der Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten erfolgreich geführt werden könne, muß aufgrund der aktuellen Kämpfe neu überprüft werden.

Zusammenfassende Überlegungen

Wenn es eine *politisch bewußte Strategie des Kapitals* gibt, so immer die der Schwächung der Arbeiterklasse durch *Zersplitterung und Spaltung*. Der Entwicklungsgrad des Klassenkampfes von oben ist dabei nur Reflex der verschlechterten Bedingungen der Reproduktion und Akkumulation des Kapitals (23). Dabei sei noch einmal daran erinnert, daß sich zwar im Vergleich zu dem rasanten Aufschwung nach der Krise 1967, in welchen die Septemberstreiks 1969 fallen, die Bedingungen der Profitproduktion für das Kapital im Jahre 1973 verschlechtert haben, daß sich aber trotzdem die Arbeiterklasse in diesem Jahr aufgrund des nicht vorhandenen aktuellen Drucks einer industriellen Reservearmee und der Auftragslage des Kapitals in einer relativ starken ökonomischen Position gegenüber dem Kapital befindet. Diese relative ökonomische Stärke versucht das Kapital jetzt aber politisch zu unterlaufen. Zum einen durch die Strategie, das Zustandekommen einer

- 23) Wir haben im letzten Heft der PROKLA (Nr. 8/9) in Auseinandersetzung mit der RGO-Politik der KPD/AO-Gruppe gezeigt, daß der stattfindende Prozeß der Enttäuschung der Arbeiter über das Nichtfunktionieren der Gewerkschaft als Kampfinstrument notwendige Voraussetzung überhaupt für die Entwicklung eines Klassenbewußtseins unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist. Der Lernprozeß, der hier gemacht werden muß, zielt auf die Erkenntnis, daß die Gewerkschaftsorganisation als Kampfinstrument der Arbeiter nur dann funktionieren kann, wenn sie von den Arbeitern über die Austragung von Konflikten innerhalb derselben auch wirklich zu einem solchen gemacht wird. Diese Erkenntnis bedeutet auch die Überwindung einer Schranke im Bewußtsein der Arbeiter selbst, nämlich der Vorstellung, per Delegation der Interessenwahrnehmung an die Gewerkschaftsorganisation oder die Betriebsräte sei ihre gesellschaftliche Stellung zu verteidigen.

geschlossenen spontanen Streikbewegung zu verhindern. Dazu hat ihm der niedrige Lohnabschluß der IG-Metall in den Einzelbetrieben den nötigen Spielraum für jeweilige Lohnerhöhungen gelassen. Zum andern aber auch durch den Einsatz von Polizei in einem seit langem nicht mehr erlebten Ausmaß. Während der Streiks wird spätestens dann gegen die Arbeiter ein Polizeieinsatz inszeniert, wenn das Kapital durch Weiterführung der Streiks ökonomisch zu Zugeständnissen gezwungen gewesen wäre.

Wieweit eine solche Strategie des Kapitals Erfolg hat, hängt andererseits von dem historisch entwickelten Charakter der Gewerkschaftsorganisation und der Klassenkämpfe ab. In den Niederlagen der Streikbewegung 1973 reflektiert sich demnach die Schwäche der Gewerkschaftsorganisation als Klassenorganisation. Entscheidende Einbruchsstellen für die Strategie des Kapitals sind: Die historisch herausgebildete Beschränkung der Gewerkschaft auf die Gesamtlohnbewegung, d. h. die Ausgrenzung des Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital im Produktionsprozeß aus dem Bereich ihrer Interessenwahrnehmung und -repräsentation; die ebenfalls historisch begründete Festlegung der Gewerkschaftsführung, aber auch größerer Teile der Betriebsräte und Vertrauensleute auf die Unterstützung der Politik der SPD; die politisch durchgesetzte Trennung zwischen betrieblicher Interessenvertretung im Betriebsrat und der Gewerkschaft (BetrVG); die entsprechende Festlegung des Betriebsrats auf die Friedenspflicht, d. h. die institutionell und rechtlich verhinderte bzw. eingeschränkte Kampffähigkeit der Gewerkschaften auf Betriebs-ebene; die außerordentlich schwache Stellung der betrieblichen Gewerkschaftsorgane (Vertrauensleute) gegenüber dem Gewerkschaftsapparat, ihr mangelnder Einfluß auf die tarifpolitischen Entscheidungen, aber auch ihre fehlende Verhandlungsmöglichkeit mit dem Unternehmer; die innere Schwäche der Vertrauenskörper selbst, insofern in ihnen oft nur die deutschen Facharbeiter, nicht aber die unteren Schichten der Arbeiter repräsentiert sind; die Abhängigkeit der Vertrauensleute vom Betriebsrat; das Fehlen einer inhaltlich entwickelten Strategie gegen das Kapital auch in Teilen der Gewerkschaftslinken. Der starke organisatorische Apparat verdeckt nicht mehr den tatsächlichen Zustand der Zersplitterung der Klasse. Der Inhalt der Gewerkschaftseinheit als Einheit der Arbeiterklasse gegen das Kapital wird ins Gegenteil verkehrt, wenn sich die Gewerkschaftsführung auf die Einheit der Gewerkschaft als Bedingung der Stärke der Arbeiter gegen die spontanen Streikbewegungen beruft; wenn rechte Betriebsräte, wie bei Ford geschehen, sich weigern, die Forderungen der Arbeiter gegenüber der Unternehmensleitung zu vertreten mit der Begründung, dies laufe auf Betriebssyndikalismus hinaus; wenn sich demnach die Gewerkschaft auf rechte Betriebsräte stützen muß, um ihren Anspruch, die Einheit der Arbeiter zu repräsentieren, aufrechtzuerhalten. Dies in einer Situation, wo diese einheitliche Organisation der Arbeiter wenig produktive Potenzen zur Entwicklung der Klassenkämpfe freizusetzen vermag, wo innerhalb der Gewerkschaft versucht wird, die Kritik an der offiziellen Gewerkschaftspolitik mit dem Verdikt des gewerkschaftsschädigenden bzw. spalterischen Verhaltens zu unterdrücken; wo die inneren Organe der Gewerkschaft, soweit sie über den Betrieb hinausgehen, wenig Raum lassen für die Auseinandersetzung um eine Strategie der Arbeiter gegen das Kapital; wo die linken Kräfte innerhalb der Gewerkschaft nur schwer zu einer über

den Betrieb hinausgehenden Kooperation kommen können, sondern auf eine betriebsbornierte Politik zurückgeworfen zu werden drohen; wo auf der anderen Seite gerade die Beschränkung der linken Gewerkschaftskader auf einen betriebsinternen Spielraum selbst die Grenzen einer solchen auf den Betrieb beschränkten Politik sichtbar machen, nämlich dort, wo sich auf der Ebene des Einzelbetriebs das Kapital nicht zwingen läßt. Indem die Gewerkschaft als überbetriebliche Organisation nicht die Bewegung solcher Avantgardebetriebe aufnimmt, wird der Erfolg solcher Kämpfe auf der Ebene der Einzelbetriebe in Frage gestellt. Andererseits können die Kampfpotenzen solcher Betriebe auch nicht zu Machtpositionen der Arbeiterklasse gegen das Kapital, vermittelt durch die Gewerkschaftsorganisation, entwickelt werden.

Daß es zu keiner geschlossenen Streikwelle kommt, sondern die Kämpfe sich zersplittern, dafür gibt es noch einen weiteren Grund. In der gegebenen Situation des Drucks auf die Lohnrate und des Versuchs des Kapitals, durch neue Lohnsysteme, Veränderung des Akkords, Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen die Profite zu erhöhen, zeigt sich die Unfähigkeit des gewerkschaftlichen Kampfs gegen die vom Kapital innerhalb der Betriebe je spezifisch gesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen wirksam anzugehen; was dann zu spontanen Streiks führt, die sich durch die Forderung nach Teuerungszulage als der gewerkschaftlich schon anerkannten Forderung zu legitimieren und durchzusetzen suchen. Oft sind es eben solche innerbetrieblichen Konflikte, die den Streik auslösen; wobei die Forderung nach Teuerungszulage die einfachste Möglichkeit für die Belegschaften bildet, den Streik innerhalb des Betriebs zu verallgemeinern (exemplarisch bei John Deere). Dies zeigt aber nur, daß die *Notwendigkeit* zu solchen einzelbetrieblichen Kämpfen existiert, die Unfähigkeit aber, diese Kämpfe *gewerkschaftlich* zu organisieren, gleichzeitig zum Resultat hat, daß auch keine geschlossene Streikbewegung zustande kommt. Dies zeigt, daß die Alternative nicht die zwischen zentralen und betrieblichen Kämpfen ist, sondern daß verallgemeinerte, zentrale Kämpfe nur geführt werden können, wenn auch auf Betriebsebene die Auseinandersetzung mit dem Kapital um die je spezifischen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen geführt werden kann.

So desolat sich der Zustand der Gewerkschaft innerhalb der Streikbewegung des Jahres 1973 zeigt, so kämpferisch sind oft auf der anderen Seite die betrieblichen Streiks. Während die Gewerkschaftslinken jahrelang davon ausging, ein wesentliches Problem gewerkschaftlicher Kampfstärke bildete die mangelnde ‚Mobilisierung‘ der Belegschaften, sieht sie sich jetzt zunehmend vor das Problem gestellt, daß in Betrieben, wo gestreikt wird, die Gewerkschaft nicht in der Lage und nicht gewillt ist, diese Kampfbereitschaft in eine Machtposition der Arbeiter gegen das Kapital umzusetzen. So entscheidend wichtig die gegenwärtige Streikbewegung für die Wiederentwicklung der Kampffähigkeit und des Klassenbewußtseins der Arbeiter ist, so steht sie doch vor dem Dilemma, daß die Waffe der gewerkschaftlich organisierten Einheit der Arbeiter gegen das Kapital stumpf ist. Andererseits liegt die ganze Stärke und der Fortschritt dieser Klassenbewegung darin, daß sie das Problem der Gewerkschaftseinheit als Klasseneinheit erstmals klar und deutlich auf die Tagesordnung setzt, nicht nur für vereinzelte, klassenbewußte Arbeiter und Gewerkschaftskader, sondern für größere Teile der Arbeiter und der betrieblichen Gewerkschafts-

organe. Die Niederlagen bilden selbst die Voraussetzung für breiter getragene Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft um deren Politik. Hier kann die ihres Inhalts entleerte Form der Einheitsgewerkschaft, einer Gewerkschaftsorganisation, die zum einen alle Schichten der Arbeiter in sich vereinigt, zum anderen nicht politisch in Richtungsgewerkschaften gespalten ist, wieder zur produktiven Potenz der Klassenauseinandersetzung werden. Vermittelt über die Form der Einheitsgewerkschaft wird notwendigerweise unter dem Druck der gegenwärtigen Niederlagen die Auseinandersetzung um die Kampffähigkeit und -bereitschaft der Gesamtorganisation in diese hineingetragen. Dies kann auf allen Ebenen der Organisation geschehen: In der Auseinandersetzung zwischen rechtssozialdemokratischen Betriebsräten und Vertrauensleuten mit der Gewerkschaftslinken und den Arbeitern im Betrieb, im Versuch der Entwicklung von Widerstand gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik durch einzelne Ortsverwaltungen; aber auch, wie die IG-Metall in Nordbaden - Nordwürttemberg zeigt, durch eine wie immer auch motivierte Ausrichtung der Tarifpolitik auf das Problem der Arbeitsbedingungen in den Betrieben innerhalb einer Region. Gerade bei dieser neuen Entwicklung in Nordbaden/Nordwürttemberg ist zu fragen, wieweit die Tatsache, daß der Gewerkschaftsapparat *selbst* den bisher nicht zur Kenntnis genommenen Ausbeutungsprozeß *im Betrieb* zum Gegenstand gewerkschaftlichen Kampfes macht, für die Zukunft Bewegungen freisetzt und legitimiert, die der gegenwärtigen Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation als Kampforganisation im Betrieb entgegenwirken können. Denn die Herrschaft des Kapitals über den Produktionsprozeß impliziert, daß das Kapital versuchen wird, jede durch *allgemeine* Tarifaueinandersetzungen durchgesetzten Zugeständnisse *auf Betriebsebene* wieder rückgängig zu machen, wenn sich dem nicht kampffähige Organisationen der Arbeiter im Betrieb entgegenstellen; eine Erfahrung übrigens, die sich z. B. in Italien in der Delegiertenbewegung reflektiert (24).

Aber auch im Propagieren des Konzepts der betriebsnahen Tarifpolitik reflektiert sich, wie immer auch noch unfertig, das Begreifen der Notwendigkeit, die Kampfbereitschaft und -fähigkeit der Arbeiter auf Betriebsebene für die Politik der Gewerkschaftsorganisation als vorantreibendes Moment nutzbar zu machen, auf der anderen Seite die gewerkschaftliche Kampffähigkeit auf Betriebsebene überhaupt erst wieder herzustellen. Dies wird besonders dann deutlich, wenn der Zusammenhang zwischen dem Postulat nach betriebsnaher Tarifpolitik und Stärkung der Stellung der Vertrauensleute innerhalb der Organisation gesehen wird. Wenigstens übersehen die Kritiken, die von der Linken an dieser Forderung nach betriebsnaher Tarifpolitik geübt werden, den tatsächlichen Zustand der Zersplitterung, welcher durch die getrennte Interessenorganisation in Betriebsrat und Gewerkschaft gesetzt ist. Daß solche Konzepte sich noch weitgehend auf der Ebene organisatorischer Vorstellungen bewegen, sich erst allmählich mit Inhalten einer Klassenpolitik gegen das Kapital auffüllen werden, sagt nur etwas über ihre Unfertigkeit angesichts der Tatsache, daß die Probleme der Klasseneinheit, wie zu zeigen versucht wurde, sich konkret auch erst über Kämpfe, Erfolge und Niederlagen der Klassenbewegung herausarbeiten. In einem späteren Aufsatz soll auf diese in der Gewerkschaftslinken

24) Vgl. dazu das demnächst im Merve-Verlag erscheinende Buch über die italienische Gewerkschaftsbewegung, insbesondere den dort veröffentlichten Aufsatz von Garavini.

sich entwickelnden Konzeptionen und Strategien noch genauer unter den Fragestellungen, die wir an der Analyse dieser Streikbewegung gewonnen haben, eingegangen werden. Soviel sei noch gesagt: Solange die Vernachlässigung des Problems der Kampffähigkeit der Gewerkschaft auf Betriebsebene nicht durch die Erfahrungen selbst als entscheidende Schwäche der Gewerkschaft sichtbar wurde, konnten vom Gewerkschaftsapparat Konzeptionen in dieser Richtung als Störfaktoren der einkommenspolitischen Linie der Gewerkschaftsführung abgekappt und unterdrückt werden. Je mehr dagegen die Strategie des Kapitals offen sichtbar wird (als Versuch nämlich, durch die Beschränkung der Gewerkschaft auf national ausgehandelte Tarife und die damit geförderte Entfremdung von den Mitgliedern der Gewerkschaft jeden Einfluß auf die wirklichen Lebensbedingungen der Arbeiter zu nehmen), desto mehr sind gerade auch die unteren Gewerkschaftsfunktionäre dazu *gezwungen*, sich für eine Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Gewerkschaft auf allen Ebenen und eine innere Demokratisierung der Entscheidungsprozesse einzusetzen. Die wesentliche Machtbasis, auf welche sie sich dabei stützen müssen, sind die Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben selbst.

Zusammengefaßt handelt es sich darum, daß die Klasseneinheit sich nicht organisatorisch im Gewerkschaftsapparat darstellen kann, sondern daß diese Einheit wesentlich *Resultat* des Klassenkampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital sein kann, von den Arbeitern selbst als ihr Problem erfahren und entwickelt werden muß. Dabei kann die konkrete historische Verfassung der Gewerkschaftsorganisation diesen Prozeß befördern oder hemmen. Das gegenwärtig entscheidende Hemmnis der Entwicklung bildet die Bindung zwischen SPD und Gewerkschaft, sowie die Machtposition rechter SPD-Funktionäre innerhalb der Gewerkschaft. Für die weitere Analyse der Klassenentwicklung in der BRD gilt es also, die Ansatzpunkte und Hebel aufzuzeigen, über welche die gegenwärtigen Erfahrungen von Niederlagen umgesetzt werden können in Lernprozesse der Arbeiter und der Organisation selbst, Lernprozesse, in denen der Widerspruch zwischen bestehender bürgerlicher Politik und notwendiger Klassenpolitik in der Gewerkschaft ausgetragen wird und durch die die Gewerkschaft wieder fähig gemacht wird, die Aufgaben der Klassenbewegung in Kämpfen mit dem Kapital wahrzunehmen.

Ahlers, Donner, Kreuzer, Orbon, Westhoff

DIE VORKAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISEN

184 Seiten

DM 12,00

Politladen

852 ERLANGEN
POSTFACH 2849